

Krieg gegen den IS: Niederlage mit Ansage

Jochen Hippler

Deutschland zieht wieder in den Krieg – und kann ihn wieder nicht gewinnen. Eilig vollzog die Bundesregierung nach den Terrorangriffen von Paris den Schulterschluss mit den französischen Amtskollegen. Die hatten noch in der Schreckensnacht des 13. November einen Waffengang gegen den so genannten Islamischen Staat angekündigt. Diesem wird sich nun auch die Bundeswehr anschließen. Denn genau drei Wochen nach den Attentaten stimmte der Bundestag mit großer Mehrheit für den Einsatz militärischer Kräfte zur „Verhütung und Unterbindung terroristischer Handlungen durch die Terrororganisation IS“, und zwar unter „Anwendung militärischer Gewalt durch deutsche Einsatzkräfte“.

Deutscher Bundestag, Drucksache 18/6866.

Doch was eine Demonstration von Entschlossenheit und Stärke sein soll, führt in die Irre. Deutschland droht jene Fehler zu wiederholen, die seit Jahren im Krieg gegen den Terror begangen werden.

Eindämmen oder zerschlagen

Das beginnt mit dem unklaren Mandat: Im Parlamentsbeschluss heißt es, die Bundeswehr solle die Politik Frankreichs und anderer gegen den IS unterstützen. Das wirft inhaltliche Frage auf: Präsident Francois Hollande hat mehrfach die „völlige Zerschlagung“ des IS zum Ziel erklärt – was offensichtlich über die „Verhütung und Unterbindung terroristischer Handlungen“ durch den IS weit hinausgeht. Sollen deutsche Soldaten also nun, wie vom Bundestag beschlossen, den Terrorismus unterbinden oder, wie von Frankreich proklamiert, Krieg gegen den IS führen?

Denn in der Praxis bedeutet das etwas gänzlich anderes. Die Verminderung terroristischer Akte oder die völlige Zerschlagung des IS erfordern sehr unterschiedliche Mittel und Taktiken. Diese unklare Zielsetzung erinnert unangenehm an den Afghanistaneinsatz: Auch bei ihm ist stets offen geblieben, ob er der Terrorbekämpfung, dem Staatsaufbau, der Demokratisierung, der Errichtung von Infrastruktur – Schulen, Krankenhäuser und Straßen – oder anderen Zielen dienen soll. Doch wenn der

Bundestag die Mittel seiner Politik nicht anhand seiner Ziele bestimmt, werden sich die beschlossenen Mittel (sprich: das Militär) irgendwann notgedrungen ihre Ziele selbst suchen. Carl von Clausewitz würde sich im Grabe umdrehen.

Noch gravierender ist, dass die Bundeswehr nun vor zwei Aufgaben steht, die sie beide nicht erfüllen kann. Laut Beschluss sollen die militärischen Mittel „eine weitere Ausbreitung des Terrors eindämmen und IS wirksam bekämpfen“. Doch der Terrorismus ist ein hausgemachter, europäischer und kann daher nicht von der Bundeswehr bekämpft werden. Und gegen den IS werden Soldaten allein nicht die Entscheidung bringen. Dennoch wird dieses erstaunlich realitätsferne Argument immer wieder bemüht.

Dabei lässt sich die Torgefahr in Europa mit Luftangriffen gegen den IS nicht verringern. Denn eines verbindet die Anschläge in Paris vom Januar und November 2015, aber auch die in Madrid 2004, London 2005 und Brüssel 2014: Sie wurden nicht von Ausländern geplant und ausgeführt, die aus dem Nahen oder Mittleren Osten – etwa aus Syrien oder dem Irak – eingesickert waren. Vielmehr wurden die Täter in Europa geboren, sie wuchsen hier auf und gingen hier zur Schule. Sie sympathisierten zwar mit Al Quaida oder dem IS, hatten sich aber in ihren europäischen Heimatländern radikalisiert. Einige von ihnen schlossen sich für einige Wochen und Monate dem IS in Syrien oder dem Irak an – jedoch erst nachdem sie eine Selbstradikalisierung durchlaufen hatten. Auch das Internet war nicht die Ursache dieser fatalen Entwicklung, sondern bloß ein Beschleunigungsfaktor, der nur wirken konnte, weil die späteren Täter dies so wollten.

Hausgemachte Terroristen

Bei fast allen Attentätern handelt es sich also um hausgemachte Terroristen, die aus den europäischen Gesellschaften hervorgingen. In den allermeisten Fällen waren es *Losers*, junge Männer zwischen 20 und 30, die sich zu Recht als gescheitert empfanden: Kriminelle, Drogen- oder Alkoholabhängige, Menschen mit niedrigem Bildungsstand oder abgebrochenen Ausbildungen, die bereits Gewaltkarrieren hinter sich hatten, bevor sie sich politisierten und radikalisierten. Solche Leute schließen sich gewalttätigen, dschihadistischen Gruppen nicht aus theologischen Erwägungen an, sondern weil sie sich überzeugen wollen, nicht bedeutungslos und gescheitert zu sein.

Sie möchten „stark“, „männlich“, „heldenhaft“ sein, und ihre Gewaltphantasien entspringen eher Hollywood-Filmen und Videospielen als dem Koran.

Nur wenn sich in den europäischen Gesellschaften eine derart radikalisierte Subkultur gewaltbereiter Extremisten bildet, können externe Gruppen wie der IS dies ausnutzen. Eine wirksame Terrorismusbekämpfung und Prävention muss deshalb genau hier ansetzen. Die Luftangriffe in Syrien tragen dazu nichts bei, sie sind für die Terrorbekämpfung in Europa weitgehend irrelevant: Die hausgemachte terroristische Szene wird durch sie weder bekämpft noch geschwächt, sondern im Zweifelsfall sogar zusätzlich motiviert und radikalisiert.

Sehnsucht nach Heldentum

Gegen diese Szene hilft nur eine Kombination polizeilicher und geheimdienstlicher Maßnahmen einerseits und massiver sozialpolitischer Programme andererseits, die marginalisierten jungen Männern eine positive Perspektive eröffnen. Eine solche Politik dürfte nicht allein auf muslimische Bevölkerungsgruppen zielen, sondern sollte alle abgehängten Milieus einbeziehen, unabhängig von ihrer ethnischen, kulturellen oder religiösen Herkunft. Denn salafistisch inspirierte Gewalt bildet in Europa nur eine Spielart des Rechtsextremismus: Es handelt sich um junge Männer, die aus kulturellen Gründen nicht von der „weißen Rasse“ oder dem „Deutschtum“ schwadronieren können und sich deshalb einer dschihadistischen Abgrenzungs- und Rechtfertigungsideologie verschreiben. Generell jedoch finden sich der Männlichkeitskult, die Feindschaft gegenüber „den anderen“ und die Gewaltverherrlichung sowie die Frauenfeindlichkeit, der Führerkult und die Sehnsucht nach „Heldentum“ bei einem Teil der gesellschaftlich marginalisierten und bei Personen mit aussichtslosen oder abgebrochenen Biographien – und all das verbindet salafistische und nationalistische Rechtsradikale. Daher nutzen Argumente, Wertediskussionen und Aufklärung hier nur begrenzt. Schließlich haben die Betroffenen nicht primär philosophische Probleme, sondern mangelndes Selbstwertgefühl aufgrund von real oder vermeintlich fehlender Lebensperspektiven.

Die europäischen Gesellschaften stehen also vor einer riesigen, langfristigen gesellschaftlichen Reformaufgabe. Da hilft kein Ausweichen, indem man anderswo gewalttätige Gruppen bombardiert. Kurz- und mittelfristig werden allerdings selbst weitreichende Reformen wenig fruchten, weil bereits radikalisierte Personen so nicht mehr erreicht werden können – und weil solch ambitionierte Programme längere Zeit

brauchen, bis sie die erhoffte Wirkung entfalten.

Vgl. Jochen Müller, Mit Aufklärung gegen den Salafismus, in „Blätter“, 6/2012, S. 21-24.

Deshalb muss zumindest zwischenzeitlich die Arbeit der Sicherheitskräfte optimiert werden, um rechte und salafistische Gewalttäter an Terrorakten zu hindern.

Der IS als politisches Problem

Ebenso wichtig wie der Kampf gegen den Terrorismus in Europa ist jener gegen den IS im Nahen und Mittleren Osten. Allerdings handelt es sich um eine grundlegend andere Aufgabe. Wer den IS niederwerfen will, muss dessen Geschichte und insbesondere die Gründe seines Siegeszuges berücksichtigen. Andernfalls kann keine Strategie erfolgreich

und nachhaltig sein. Denn der kometenhafte Aufstieg des IS lag nicht an seiner - zuerst recht begrenzten – militärischen Kraft, sondern an der Schwäche und Illegitimität der Regime in und dem Irak. Er bezieht seine Stärke daraus, dass er vielen arabische Sunniten als das kleinere Übel zu den Regierungen gilt.

Der IS ist eine politisch-militärische Organisation, die neben religiösen Extremisten vor allem von ehemaligen Offizieren und Geheimdienstlern der säkular-nationalistischen Diktatur Saddam Husseins geführt wird. Gemeinsam kämpfen sie für einen von ihnen beherrschten Staat. Dabei stützen sie sich erheblich auf ausländische Freiwillige, vor allem aus Nordafrika und Europa. Die europäischen Dschihadisten dienen dabei einerseits als Helfer und Kanonenfutter in Syrien und dem Irak. Sie sollen andererseits den westlichen Ländern Schläge versetzen, wenn diese politisch und militärisch das regionale Machtprojekt attackieren.

Sein Emporkommen verdankt der IS einem politischen Vakuum im Irak und in Syrien, das leicht zu füllen war. Seine Vorgängerorganisation hatte sich in den 1990er Jahren zunächst in Jordanien unter dem Namen Al Tawid gebildet und danach im Westen Afghanistans Zuflucht gefunden. Erst ab 2003 wuchs die Organisation, als sich für sie im Irak durch die US-Besatzung günstige politische Rahmenbedingungen ergaben. Einige Jahre lang spielte die Gruppe unter verschiedenen Namen (ab 2004 „Al Quaida im Irak“, danach „Islamischer Staat im Irak“) eine wichtige Rolle beim Aufstand großer Teile der arabisch-sunnitischen Bevölkerung gegen die US-Truppen und die neue irakische Regierung. Ihr erster Aufschwung wurzelte in der weit verbreiteten

Wahrnehmung der Sunniten, nach dem Sturz Saddam Husseins politische marginalisiert zu werden – und er endete 2007/2008. Seinerzeit empfanden die Sunniten den Islamischen Staat im Irak zunehmend als noch schlimmer und repressiver denn die schiitisch und kurdisch dominierte Regierung oder die US-Armee. Sie machten daher gewaltsam Jagd auf die Dschihadisten und wandten sich säkularen Parteien zu. Der islamische Staat im Irak wurde in der Folge zwar nicht ausgelöscht, aber er war dezimiert und politisch fast bedeutungslos. Das Gewaltniveau im Irak sank um mehr als 95 Prozent.

Diese hoffnungsvolle Phase endete, als der damalige Ministerpräsident Nuri al Maliki nach der verlorenen Wahl von 2010 die Re-Konfessionalisierung des Irak betrieb und eine scharfe anti-sunnitische Politik einleitete. Es dauerte nicht lange, bis die arabischen Sunniten erneut in den Widerstand getrieben wurden – und dabei genau jene Dschihadisten wieder benötigten und unterstützten, die sie kurz zuvor noch liquidiert hatten.

Als dann 2011 in Syrien der Bürgerkrieg ausbrach, baute die Gruppe dort bewaffnete Einheiten auf, die bald zu den stärksten Milizen wurden. Das führte zum Bruch mit Al Quaida, die die rivalisierende Al-Nusra-Front unterstützt. Schließlich wurde das Kalifat proklamiert und die Organisation in Islamischer Staat umbenannt. Als im Frühsommer 2014 dann dreieinhalbtausend eher leicht bewaffneter IS-Kämpfer aus Syrien in den Irak einmarschierten, eroberten sie dort innerhalb weniger Wochen einen großen Teil des Nordwestens, weil die fast zwanzigfach überlegenen irakischen Soldaten kaum Widerstand leisteten, sondern desertierten. Dadurch wurde der IS militärisch und finanziell massiv gestärkt – und avancierte erst damit zu einem zentralen Akteur in der Region.

Militärische Pyrrhussiege

Der Aufstieg des IS hat also primär politische Gründe. Das heißt: Militärische Gewalt kann vielleicht Zeit gewinnen und das Vordringen des IS verlangsamen, aber das Problem des politischen Vakuums nicht lösen. Solange dieses besteht, werden Luftangriffe und selbst Bodentruppen die Ausdehnung des IS zwar begrenzen, ihn aber nicht besiegen können. Auch nach dem Abwurf von 20 000 Bomben ist er nicht geschlagen , und der Abwurf von weiteren wird dies nicht grundlegend ändern.

Das kann nicht bedeuten, die Gewaltexzesse des IS zu ignorieren. Seine Zerschlagung ist unbestritten eine entscheidende außen- und sicherheitspolitische Aufgabe.

Allerdings ist es aussichtsreicher, den IS überflüssig werden zu lassen, als ihn militärisch auslöschen zu wollen – er ist primär ein politisches Problem, das aus schwacher und illegitimer Staatlichkeit entspringt. Militärische Mittel können dabei taktische Vorteile bringen, sind aber strategisch unzureichend.

Denn als die Vorgängerorganisation des IS im Irak 2007/2008 fast ausgelöscht wurde, lag dies nicht an der militärischen Übermacht der USA mit ihren bis zu 170 000 Soldaten. Vielmehr hatte sich der Islamische Staat im Irak seiner eigenen sozialen Basis entfremdet, und die arabischen Sunniten machten Jagd auf die sunnitischen Dschihadisten. Ohne diese Abwendung ihrer möglichen Unterstützer wären selbst die USA mit ihrer überwältigenden militärischen Präsenz im Land, die auch die Bodentruppen einschloss, an der Aufgabe gescheitert.

Daher sollten uns die Erfahrungen in Afghanistan, dem Irak und Libyen zur Vorsicht mahnen. In all diesen Ländern hat der Einsatz überlegener militärischer Macht – bis zur militärischen Besetzung – eben nicht zu einer Befriedung beigetragen. Im Gegenteil: Er hat sie erst zu Brutstätten des internationalen Terrorismus gemacht. Dabei konnten die militärischen Ziele der Interventionen in jedem Fall relativ schnell erreicht werden: der Sturz der Taliban, Saddam Husseins und Muammar al Gaddafis. Aber diese Erfolge erwiesen sich als taktische Pyrrhussiege, die zu strategischen Niederlagen führten.

Diese Fehler jetzt zu wiederholen ist nicht nur aussichtslos, sondern höchst gefährlich. Eine Neuauflage von George W. Bushs „Krieg gegen den Terror“ spielt bloß dem Terrorismus in die Hände.

Jochen Hippler, Dr. rer. pol., ist Politikwissenschaftler, Privatdozent und wiss. Mitarbeiter am Institut für Entwicklung und Frieden der Universität Duisburg-Essen.